|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| **Name – Vorname** | **Piller-Carrard Valérie** | **Castella Didier** | **Schläfli Ruedi** | **Bonvin-Sansonnens Sylvie** | **Rugo Claudio** | **Dougoud Maya** | **Nahum Philippe** |
| **Foto** | https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/92/Val%C3%A9rie_Piller_Carrard.jpg | Résultat de recherche d'images pour "didier castella" | Résultat de recherche d'images pour "ruedi schlafli" | http://www.verts-fr.ch/wp-content/uploads/2018/02/2018-sylvie-image-facebook-629x329.jpg | Résultat de recherche d'images pour "claudio rugo" | **L’image contient peut-être : 1 personne, sourit, texte et gros plan** | Résultat de recherche d'images pour "philippe nahum" |
| **Politische Partei** | SP | FDP | SVP | Grüne | Künstlerpartei | Unabhängig | BDP |
| **Frage 1:**  Erläutern Sie in einigen Stichworten:  Ihre Einschätzung der Arbeit der Freiburger Kantonsverwaltung. | Service public guter Qualität für die gesamte Freiburger Bevölkerung, Kompetenzen, Engagement. | Als Bundesangestellter kenne ich die Herausforderungen, mit denen die Mitarbeitenden konfrontiert sind. Fristen einhalten, die Qualität der Leistungen ohne personellen Spielraum beim Personal stets gewährleisten – ich bin der Ansicht, dass Freiburg über gutes, anpassungsfähiges und leistungsfähiges Personal verfügt, das dem Gedanken des Service public verpflichtet und sich bewusst ist, dass Verwaltung und Politik im Dienst der Bürger stehen müssen. | Nicht geantwortet | Ich habe in drei anderen französischsprachigen Kantonen gelebt respektive gearbeitet. Ich hatte Kontakt zu anderen Kantonsverwaltungen. Ich bin eindeutig der Meinung, dass die Mitarbeiter des Staats Freiburg kompetente, offene und motivierte Leute sind. Ich habe nichts zu kritisieren. Im Gegenteil, ich erkenne die Wichtigkeit ihrer Arbeit an, ganz unabhängig von ihrer Funktion und ihrer Dienstleistung. | Nicht geantwortet | Die Freiburger Verwaltung funktioniert gut. An der Spitze unserer Institutionen stehen hoch qualifizierte und kompetente Leute. Doch die Institutionen hängen in einer Behördenspirale. Der Versuch, eine ganze Reihe von Missbräuchen zu verhindern und die Verantwortlichkeiten einzugrenzen, hat eine Gesetzesflut zur Folge, die schliesslich das System lähmt. Man darf den gesunden Menschenverstand und die Kundennähe bei Dienstleistungen nicht vergessen. | Nicht geantwortet |
| **Frage 2:**  Pensionskasse: Würden Sie es befürworten, dass der Arbeitgeber seine Verpflichtungen und seinen aktuellen Finanzierungsanteil auch bei der Rekapitalisierung beibehält?  Wenn ja, warum? | Ja, der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen und seinen Verpflichtungen nachkommen. Die Sanierung der Pensionskasse wird das grosse Thema der nächsten vier Jahre sein, und alle Parteien werden Konzessionen machen müssen. Gerade dieses Dossier verlangt ein angemessenes Gleichgewicht im Staatsrat, das nicht gegeben wäre, wenn 5 Rechte und 2 Linke gewählt werden. Es kann nicht sein, dass nur die Staatsangestellten Opfer bringen. Der Staat muss Mittel zur Verfügung stellen. Wir sind nicht die Ersten, und auch wenn es um grosse Zahlen geht, muss man doch sagen, dass anderswo noch grössere Herausforderungen gemeistert wurden. Das ist ein wichtiger Härtetest für unseren Kanton. Und wir müssen ihn bestehen, indem wir alle berücksichtigen, Rentenbezüger, künftige Rentenbezüger und Beitragszahler. | Die Sanierung ist sowohl für die Angestellten wie auch für den Staat dringend, je länger wir warten, desto schmerzhafter wird die Reform. Ich bin für ein System des Beitragsprimats, das ist gerechter und ermöglicht eine bessere Deckung und Vorhersehbarkeit der Erfordernisse. Die Schwierigkeit liegt darin, das Finanzloch zu stopfen, um eine Minimaldeckung zu gewährleisten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen pragmatisch sein und gesunden Menschenverstand walten lassen, einen Beitrag zur Refinanzierung leisten und deren Rahmenbedingungen verhandeln. Man sollte das Lösungsspektrum nicht einschränken, bevor die Verhandlungen begonnen haben. |  | Im Prinzip ja, doch das hängt davon ab, für welche Leistungen. Man kann nicht den Staat für Rechte zahlen lassen, die man im Vergleich zu anderen Lohnempfängern «Vorzugsrechte» nennen könnte. Es ist eine heikle Situation. Ich möchte nicht, dass ein Graben zwischen den Lohnempfängern entsteht. Der Staat muss seinen Verpflichtungen natürlich nachkommen. |  | In Notsituationen muss der Staat als Arbeitgeber den Unterschied machen. Er muss gemäss seinem Programm handeln und mutig sein. Doch in dieser Frage scheint dies schwer umsetzbar.  «Die aufgrund der versicherungstechnischen Expertisen gegenwärtig ins Auge gefassten Optionen wie eine Rekapitalisierung über eine Anpassung des technischen Zinssatzes wie auch Übergangsmassnahmen in Zusammenhang mit einem möglichen Wechsel des Vorsorgeprimats hätten erhebliche Mehrkosten für den Staat zur Folge, womöglich in dreistelliger Millionenhöhe.» (Regierungsprogramm)  Dennoch muss der Arbeitgeber seinen Verpflichtungen nachkommen und hätte diese Situation voraussehen müssen.  Wenn das Personal im Service public unzufrieden ist, wird es den Erwartungen der Leistungsempfänger nicht entsprechen. Es gilt, einen Kompromiss zu finden und die Perspektive zu ändern, indem man aufhört, ein Sanierungsmodell zu bevorzugen, das vor allem die schwächsten Glieder der Kette  strapaziert. |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |
| **Frage 3:**  Befürworten Sie den Austritt des HFR-Personals  aus dem StPG?  Wenn ja, warum?  Wenn nein, warum? | Nein! Nur weil das HFR schwierige Zeiten durchmacht, kann man doch nicht einfach das Personal vom StPG ausnehmen, es soll nicht die Zeche dafür zahlen müssen. Der Staat muss seine Verantwortung wahrnehmen. Mit Sparmassnahmen auf dem Rücken des Personals verbessern wir  die Qualität unseres Spitals nicht, und Qualität ist eine Voraussetzung, wenn das HFR neben dem CHUV und dem  Berner Inselspital bestehen will. | Solange noch keine Berichte zum Thema veröffentlicht sind, müssen wir im Hinblick auf die Lösungen vernünftig sein. Ich bin grundsätzlich für einen Verbleib mit einer Totalrevision des StPG, die es dem HFR ermöglicht, bundesrechtliche Anforderungen zu erfüllen und auf die Konkurrenz zu reagieren. Der Kanton muss handkehrum seine Verantwortung wahrnehmen und für die Lohndifferenz aufkommen, wenn er höhere Löhne als bei der Konkurrenz aufrechterhalten möchte. |  | Nein, ich werde mich dafür einsetzen, dass das HFR-Personal im StPG verbleibt. Dafür bin ich offen für eine Diskussion über eine Revision des StPG, falls Bedarf besteht.  Einige Staatsangestellte fordern Verbesserungen im StPG, wobei keine Errungenschaften preisgegeben werden sollen. |  | Nein. Ein Teil des HFR-Personals wird in Freiburg ausgebildet. Es handelt sich um engagiertes Personal, es soll einen Lohn erhalten, der seinen Kompetenzen und Aufgaben entspricht. Der Kanton hat in die Ausbildung investiert. Diese Investition hat sich nur gelohnt, wenn alle Patienten in den Genuss hochwertiger Leistungen kommen. Um eine hochwertige Pflege zu gewährleisten, muss man dafür sorgen, dass die Kompetenzen im Kanton bleiben. Neben dem Lohn gilt es auch die Patientenadministration zu überdenken und in Instrumente zu investieren, die das Personal von administrativen Aufgaben entlasten, damit es sich auf die Pflege konzentrieren kann. |  |
| **Frage 4:**  Wie beurteilen Sie den aktuellen Status und Lohn der Staatsangestellten?  Als angemessen?  Als verbesserungs-bedürftig?  Als zu grosszügig? | Im Grossen und Ganzen denke ich, dass Status und Lohn der Staatsangestellten angemessen sind, auch wenn einige Funktionen eine Neubewertung verdienen würden. | Der Staat muss in der Beziehung zu seinen Angestellten Vorbildcharakter haben und darf keine Privilegien schaffen. Mir scheint, dies ist heute im Allgemeinen der Fall. |  | Es besteht Verbesserungsbedarf, insbesondere bei den sogenannten «Frauenberufen», die oft zu wenig Anerkennung erhalten. Bei bestimmten Berufen (zum Beispiel Agraringenieuren beim IAG) sollte man auch den Privatsektor im Auge behalten, da die Kompetenzen sonst in den Privatsektor abwandern. |  | Die Löhne des Staatspersonals sollten erhöht werden. Die schulische und die praktische Ausbildung haben sich stark weiterentwickelt. Es wäre an der Zeit, das System zu überarbeiten und auch weitere Kompetenzen wie Zweisprachigkeit zu vergüten. |  |
| **Frage 5:**  Werden Sie die Privatisierung bestimmter Dienstleistungen oder Institutionen unterstützen, wenn Sie in den Staatsrat gewählt werden?  Wenn ja, welche? | Nein, ich bin grundsätzlich gegen Privatisierungen, sie bedeuten in der Regel eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne. | Der Staat muss sich wie wir alle immer wieder hinterfragen. Er muss sich auf die Grundversorgung der Bevölkerung konzentrieren. Wenn durch die Privatisierung eines auslagerbaren Dienstes ohne Entlassungen Mittel für die Finanzierung hochwertiger Leistungen und neues Personal frei werden, dann muss diese Gelegenheit zum Wohle aller genutzt werden. |  | Nein, das habe ich nicht vor. Es sei denn, das Personal selbst schlägt dies vor, dann kann man dies ernsthaft diskutieren. |  | Nein. |  |
| **Frage 6:**  Sind Sie der Meinung, dass die Frauenvertretung bei diesen Wahlen ein relevantes Thema ist? | Auf jeden Fall! Es ist äusserst wichtig, dass die Frauen vertreten sind, es scheint mir undenkbar, dass unser Kanton von sechs Männern regiert wird! Alle Bevölkerungsteile sollten sich in der Regierung wiederfinden können und angemessen vertreten sein. | Als Vater von drei Töchtern in Ausbildung liegt mir die Chancengleichheit sehr am Herzen. Folglich bin ich gegen jegliche positive oder negative Diskriminierung. Jeder soll sein Können beweisen und jeder, ob Frau oder Mann, sollte von Anfang an dieselben Chancen auf eine Stelle haben. Dies gilt auch für diese Wahlen. |  | Ich baue meinen Wahlkampf nicht auf dem Frauenbonus auf.  Ich habe den Beruf Landwirt nicht gewählt, weil ich mir dachte, es gebe zu wenig Frauen. Ich habe diese Wahl getroffen, weil es mir gefiel und es meinen Kompetenzen entsprach. Trotzdem sehe ich den Vorteil der Präsenz von Frauen in meinem Beruf. Es ist eindeutig: Eine gerechte Vertretung beider Geschlechter bringt Effizienz und Kreativität, die unverzichtbar sind. Auch im Staatsrat. Das ist zentral. |  | Bei einer Majorzwahl für einen repräsentativen Posten stellt sich diese Frage natürlich. Doch abgesehen von diesem Aspekt wäre es vereinfachend, die Herausforderungen dieser Wahl auf dieses Thema zu beschränken. Ich gewichte Grundkompetenzen, Ideen, Durchsetzungsfähigkeit und Energie stärker. |  |